

Veronika Cummings, Marie Karner

Die humanitäre Katastrophe im Jemen

Das ressourcenarme Land auf der Arabischen Halbinsel leidet unter den dramatischen Folgen sich überlagernder gesellschaftlicher und politischer Spannungsfelder. Die Komplexität an Interessen lähmt alle Versuche, Rechtsstaatlichkeit und eine bessere soziale Infrastruktur zu fördern. Die anhaltende humanitäre Katastrophe betrifft besonders die junge und schnell wachsende Bevölkerung, die unter dauerhaft prekären Lebensverhältnissen und großer Perspektivlosigkeit leidet.

Die Medienberichterstattung in Europa schenkt der humanitären Katastrophe im Jemen zunehmend weniger Aufmerksamkeit und beschreibt die militärischen Auseinandersetzungen häufig verkürzt als Stellvertreterkrieg. Dabei lässt sich die katastrophale Situation der Zivilbevölkerung nur vor dem Hintergrund des komplexen Zusammenspiels lokaler Konflikte, geopolitischer Machtgefüge der Golfregion und globalökonomischer Interessen verstehen.

Anhaltende Gewalt

Die lang ersehnte Vereinigung von Nord- und Südjemen zur Republik Jemen im Jahr 1990 (vgl. Dresch 2000) wurde schnell wieder konfliktträchtig. Der Nordjemen war im neu gegründeten Parlament in Sana'a stärker vertreten. Das Militär und weite Teile der Verwaltung blieben weiterhin getrennt zwischen Nord und Süd. In nur vier Jahren verschärfen sich die Spannungen und eskalierten im Mai 1994 im jemenitischen Bürgerkrieg, aus dem der Süden deutlich geschwächt und der Norden gestärkt hervorgingen.

Des Weiteren wurden im Laufe der 1990er-Jahre religiös motivierte Widerstandsgruppen stärker, aus denen in wechselnden Allianzen Anfang der 2000er-Jahre die Huthi-Rebellen hervorgingen. In Teilen wurden die innerjemenitischen Kriege durch saudische Interventionen zwecks Grenzsicherung und aus Sorge um die Vereinigung der Huthi-Rebellen mit dem Erzfeind Iran begleitet (vgl. Abb. 1 und 2). Im Jahr 2010 kam es zu einem vorübergehend unentschiedenen Kriegsende.

Im Süden wuchs die Angst vor einer militärischen Übernahme aus dem Norden. Gleichzeitig

fühlte sich die Bevölkerung des vergleichsweise modernistisch-liberalen Südens zunehmend von den religiösen, tribal-konservativen Kräften des Nordens bedroht. Die Einnahmen der im Süden vorkommenden Erdölressourcen versickerten in dubiosen Kassen in Sana'a. Fehlende Rechtsstaatlichkeit, schlechte Regierungsführung (z. B. Korruption, Nepotismus) und zunehmende politische und ökonomische Marginalisierung führten zu tiefen Frustrationen. Aus diesen Spannungen formierte sich die Südliche Bewegung Hirak.

Bürgerkrieg mit internationaler Beteiligung

Nach dem Sturz von Präsident Ali Abdullah Salih im November 2011 legte die Golfkooperationsratsinitiative (GRI) einen Transitionsprozess fest, der als wichtiges Ziel die Aushandlung eines neuen Gesellschaftsvertrages anstrebte (Heinze 2020, S. 19 f.). Die hierzu abgehaltene Nationale Dialogkonferenz im Januar 2014 endete mit vielen Empfehlungen, die noch heute eine wichtige Grundlage für die Hoffnungen und Visionen der jemenitischen Gesellschaft darstellen. Die Frage nach einer tragfähigen Struktur des politischen Systems wurde jedoch nicht ausreichend geklärt (Heinze 2020, S. 21). Die Huthi – frustriert über ihre geringe bzw. fehlende Beteiligung an der neuen Regierungsbildung – übernahmen im September 2014 gewaltsam die Hauptstadt Sana'a, unterstützt vom vormaligen Präsidenten Salih.

Im März 2015 kam es infolge der von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) geführten Intervention zur militärischen Eskalation, um Sana'a von den Huthi-Rebellen zu befreien und die international anerkannte Regierung unter Präsident Abd Rabbo Mansur Hadi wiederherzustellen. Infolge fehlender Bodentruppenkontingente der angreifenden Koalition, der Überlegenheit der Huthis im jemenitischen Hochland und strategischer Divergenzen zwischen Saudi-Arabien und den VAE folgte eine militärische Pattsituation, die bis 2018 anhielt (Steinberg 2020, S.38). Katastrophal wirkten sich zudem saudische Luftangriffe aus, mit dem Ziel, die Huthis zur Aufgabe zu zwingen. Dass es sich aber auch um geopolitische Interessen und Kontrolle von Ressourcen, vor allem Erdölvorkommen handelt, zeigte die Besetzung oder Zerschlagung

wirtschaftlich wichtiger Standorte durch die arabischen Nachbarländer, insbesondere der jemenitischen Häfen, einschließlich Adens.

Diese gewaltsame Situation wird häufig auch als Stellvertreterkrieg bezeichnet oder passender als „Bürgerkrieg mit internationaler Beteiligung“ (Heinze 2020, S. 22). Es ist nicht nur der lange währende innerjemenitische Konflikt (Dahlgren 2010), der auf kleinräumige, stammesgeschichtliche Machtstreitigkeiten zurückgeht, sondern die konfliktäre Formation wird zusätzlich von internationalen, vor allem überregionalen Kontrahenten instrumentalisiert (vgl. Abb. 2). Die Huthis im Nordjemen werden militärisch, finanziell und vor allem ideologisch von Iran und deren regionalen Partnern wie der Hisbollah gestärkt. Ihnen steht eine Anti-Huthi-Koalition mit Dominanz im Südjemen unter nomineller Führung der international anerkannten Regierung gegenüber (Heinze 2020, S. 22), die von Saudi-Arabien und den VAE unterstützt wird. Die komplizierte Gemengelage wird noch weiter verschärft durch das Erstarken der jemenitischen al-Qaida und vielen unterschiedlichen internationalen Interessen. Die VAE haben beispielsweise sehr stark in einen Sicherheitsgürtel investiert (im Südosten an der jemenitisch-

omanischen Grenze sowie durch die Bildung eines Südübergangsrates), um u. a. den Einfluss der Muslimbrüder einzudämmen (Heinze 2020, S. 24). Die von Saudi-Arabien angeführte Koalition umfasste neben den benachbarten Staaten des Golfkooperationsrats (GCC) noch weitere Länder aus Westasien und Nordafrika (Sudan, Ägypten, Marokko, Jordanien, Dschibuti, Eritrea und Somalia). Keineswegs vergessen werden dürfen neben dieser direkten Beteiligung am Krieg im Jemen die indirekte, aber ebenso schwerwiegende Unterstützung westlicher Nationen wie den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Deren politökonomische Interessen zeigen sich besonders in Form der „lukrativen Waffenhandelsverträge mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten[, die] am Sterben im Jemen mitverdien[en]“ (Heinze 2020, S. 24).

Versorgungskrise der Zivilbevölkerung

Die Ernährungssicherheit im bevölkerungsreichen Westen des Jemen wird vielerorts als humanitärer Notfall eingestuft (vgl. Abb. 3). Über 160 000 Menschen litten Ende 2022 im Jemen an Hungersnot (IPC Phase 5). Für jede fünfte Person



Abb. 1: Gebietskontrolle lokaler Akteure im Jemen und deren überregionale Unterstützer (Stand: September 2022)

im Land (6,1 Mio. Menschen) ist der Zugang zu Nahrung laut Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) stark eingeschränkt oder nicht vorhanden. Derzeit sind 3,5 Mio. Menschen mangel- oder unterernährt, davon 2,7 Mio. Kinder unter fünf Jahren. Von akuter Ernährungsunsicherheit waren Ende 2022 sogar rund die Hälfte der Bevölkerung (17 Mio.) betroffen (WFP 2022). Die Zahl der geschätzten Toten aufgrund von indirekten Ursachen wie Mangelernährung und verunreinigtem Trinkwasser übersteigt mit über 226 000 seit 2015 (UNDP 2021, S. 12) die der über 158 000 gemeldeten Todesopfer infolge des bewaffneten Konflikts (ACLED 2023).

Zugangs- und Sicherheitsprobleme aufgrund anhaltender Kämpfe und Gebietskontrollen stellen eine große Herausforderung für die humanitäre Versorgung dar (vgl. Abb. 3). Allerdings ist der Einsatz von „Hunger als Kriegswaffe“ (de Waal und Conley 2020), d. h. die gezielte Verhinderung von Hilfsgüterlieferungen durch Blockaden von Häfen und Straßen, Diebstahl sowie Militär- bzw. Luftangriffe auf überlebenswichtige Infrastrukturen (z. B. medizinische Einrichtungen, Märkte, Fischerboote, Trinkwasserbrunnen, Bewässerungsanlagen), nicht die Hauptursache für die Ernährungsnotlage. Nach wie vor sind Lebensmittel vielerorts verfügbar, da Lieferanten ihre Routen geschickt entlang geöffneter Straßen aushandeln. Insbesondere ausbleibende Gehälter und inflationäre Nahrungsmittelpreise bilden den Kern der strategisch forcierten Mangelsituation, vor allem durch die Huthi-Machthaber, die Sana'a besetzt halten (de Waal und Conley 2020, S. 47 ff.).

Abb. 2: Machtkampf im Nahen Osten



Ausweglose Lage für Flüchtlinge

Nach acht Jahren anhaltenden Krieges leben aktuell 4,3 Mio. Menschen als Binnenflüchtlinge im Land. Am häufigsten bewohnen sie im Familienverbund selbsterrichtete Camps, oftmals auf Freiflächen im Privatbesitz, d. h. ohne Rechtsanspruch auf Land und zumindest zeitweise abgeschnitten von geregelter humanitärer Versorgung. Allein um die Stadt Marib entstanden knapp 200 informelle Flüchtlingscamps. Rund die Hälfte der Binnenflüchtlinge lebt in der Provinz Marib sowie in den Provinzen Al-Hudaida und Hadscha im klimatisch und landwirtschaftlich begünstigten Westen des Landes. Im regionalen Vergleich sind in diesen Provinzen jeweils zwischen 36 und 46 humanitäre Organisationen, wobei die höchste Präsenz von Hilfsorganisationen in der Provinz Ta'izz vorzufinden ist (OCHA 2023). Die dünn besiedelten Provinzen Hadramaut und Al-Mahra östlich des Hochlandes sind von Sand- und Steinwüste geprägt, weshalb dort wenige Zuflucht suchen. Hinzu kommen 190 000 Flüchtlinge aus kriegsgeplagten Nationen am Horn von Afrika. Sie wählen die gefährliche maritime Route mit dem Ziel der wohlhabenden arabischen Golfstaaten, müssen jedoch im Kriegsgebiet Jemen ausharren, wo sich die Lager für ausländische Flüchtlinge vor allem im Süden in Küstennähe befinden (vgl. Abb. 3).

Kein Ende der Katastrophe

Auch nach dem Abzug emiratischer Truppen im Jahr 2019 führten die Saudis ihren Krieg gegen die Huthis weiter, da sie sich durch die Herausbildung einer jemenitischen Hisbollah in ihrer Sicherheit als Nachbarn bedroht sahen (vgl. Anschläge in Abb. 1). Der militärisch starke Iran unterstützt mit den Huthis ein Gegengewicht, das Saudi-Arabien nicht bezwingen kann (Steinberg 2020, S. 40). Auch die jüngste Waffenruhe im Jahr 2022 hatte nicht lange Bestand. Möglicherweise wird die geopolitische Landkarte im Nahen und Mittleren Osten auch durch eine Eskalation der Spannungen zwischen den USA und Iran neu gezeichnet (Steinberg 2020, S. 40). Diese Gemengelage macht deutlich, dass es sich in weiten Teilen durchaus um einen Stellvertreterschauplatz für internationale Konflikte handelt.

Selbst wenn eine Friedenslösung gefunden wird, werden die Folgen der humanitären Katastrophe viele Jahrzehnte nachwirken. Im Jemen wächst eine verlorene Generation heran: Millionen von Kindern haben keine oder nur eine mangelhafte Ausbildung, Hunderttausende befinden sich in einem lebensbedrohlichen Zustand. Für das Jahr 2023 wird prognostiziert, dass zwei Drittel der jemenitischen Bevölkerung von humanitärer Hilfe abhängig sein werden (WFP 2022). Dazu haben insbesondere die andauernden Luftangriffe der von Saudi-Arabien angeführten Koalition beigetragen, die nicht nur auf militärische und wirtschaftliche

